

Pressemitteilung der hessischen Initiativen zum bedingungslosen Erhalt unser aller Grund- und Menschenrechte

Die unten genannten Initiativen weisen die Anschuldigungen des hessischen Innenministers Peter Beuth (CDU) zurück, der in einem Brief an alle Bürgermeister Hessens unter anderem von einer zunehmenden Radikalisierung der Kritiker der Corona-Maßnahmen sprach. Dabei unterstellte Beuth wiederholt, dass die Protestszene aus Impfgegnern, Corona-Leugnern, Verschwörungstheoretikern, „gewaltorientierten Rechtsextremisten“ und anderen Gruppierungen bestünde. Selbstverständlich beließ er es bei diesen pauschalen Anschuldigungen, konkrete Beispiele konnte Beuth nicht nennen.

Hingegen räumt er ein, dass die Polizei bisher nur eine „geringe Anzahl“ politisch motivierter Straftaten aus dem „heterogenen Spektrum“ festgestellt habe. Dazu führte Beuth zwei Vorfälle an (Bedrohung des Erbacher Bürgermeisters und Brandanschlag auf ein Testcenter in Wiesbaden), bei denen es jedoch bislang überhaupt gar keine konkreten Hinweise auf die Urheber gibt.

Innenminister Beuth offenbart ein absurdes Demokratieverständnis: so bezichtigt er kritische Bürger, dem Staat die Legitimation abzuspochen, weil sie sich „absolut demokratiefeindlich“ äußern würden. Auch hier fehlen konkrete Belege für seine Behauptung. Gleichzeitig betreibt er jedoch selbst eine Art „Delegitimation“, indem er eben jene kritischen Bürger, die ihre Grundrechte in Gefahr sehen und für deren Einhaltung bzw. Wiederherstellung seit eineinhalb Jahren friedlich demonstrieren, diffamiert und ihnen das Recht auf freie Meinungsäußerung abspricht. Mehr noch: er meint ernsthaft „seine“ Bürgermeister vor Menschen warnen zu müssen, die nichts anderes tun, als sich friedlich für die uneingeschränkte Gültigkeit von Artikel 1 bis 20 Grundgesetz und den Nürnberger Kodex einzusetzen.

Dies sieht offenbar auch der frühere Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung, Heribert Prantl, wenn er sagt: *„Wer in Corona-Zeiten für die Achtung und Beachtung der Grundrechte wirbt, ist kein Wutbürger, sondern ein Bürger. Wer eine Demonstration anmeldet oder bei einer Demonstration mitmacht, um dort die Achtung der Grundrechte anzumahnen, der ist kein Verschwörungstheoretiker, sondern ein Demokrat.“*

Letztlich liegt es auch in der Verantwortung Beuths, dass die angezeigten und genehmigten Demonstrationen am 04.12.2021 in Frankfurt/Main nicht ordentlich durchgeführt werden konnten. Die Auflösung der Kundgebungen schien bereits beschlossen, bevor diese überhaupt begonnen hatten. Nicht anders lässt es sich erklären, warum der gesamte Innenstadtbereich bereits um 12.30 Uhr abgeriegelt wurde und Ordnern und Aufbauhelfern der Zugang zu den Kundgebungsflächen im Vorfeld so schwer wie möglich gemacht wurde. Dabei ist ein funktionierendes Ordnerkonzept und eine gute Kooperation mit den Einsatzkräften der Polizei sehr wichtig für eine sichere Durchführung der Kundgebung.

Die Mindestabstände zwischen den Demonstranten konnten dennoch weitestgehend eingehalten werden. Masken wurden von fast allen Teilnehmern und Ordnern getragen, außer von denjenigen, welche aus medizinisch-gesundheitlichen Gründen keine Masken tragen können und dies auch durch Atteste gegenüber der Polizei glaubhaft machten.

Die Versammlungsteilnehmer hielten sich also an die „Hygieneauflagen“, obwohl nach Studien führender Aerosol-Forscher eine Übertragung von SARS-COV-2-Viren an der frischen Luft so gut wie ausgeschlossen ist. Noch nie konnten Infektionsketten unter freiem Himmel nachgewiesen werden.

Nach einer sehr kurzen Eskalation von Seiten der Polizei wurde die Versammlung plötzlich für aufgelöst erklärt, ohne dass der Versammlungsleiter und dessen Ordner noch die Möglichkeit zur Reaktion hatten.

Nach dieser unverhältnismäßigen und damit mutmaßlich rechtswidrigen Versammlungsauflösung haben sich nach und nach spontane, einzelne „Spaziergängergruppen“ aus der Reihe der ehemaligen Versammlungsteilnehmer und sich spontan solidarisierender Mitbürger Frankfurts gebildet. Diese wurden von der Polizei in Richtung Hauptbahnhof und schließlich in einen „Kessel“ auf der Höhe der Elbestraße gedrängt. Filmaufnahmen belegen das rechtlich höchst fragliche Agieren der Polizei eindrucksvoll.

Auch das pauschale Verbot sämtlicher Kundgebungen bis Samstag, den 11. Dezember in Frankfurt, ist nach unserem Verständnis demokratiefeindlich und nicht verfassungskonform.

Weil Beuth die Polizei zur Einschüchterung der Bevölkerung und unzulässigen Auflösungen von genehmigten Demonstrationen einsetzt, sollte er von seinem Amt zurücktreten.

Auch bitten wir die Vertreter der Kommunen – Bürgermeister und Mandatsträger – darum, ihr eigenes Rechtsverständnis, ihre moralischen und ethischen Prinzipien in ihre Entscheidungen einfließen zu lassen, und nicht weiterhin Steigbügelhalter einer Politik der Diffamierung und Spaltung zu sein, wie sie unsere Bundes- und Landesregierungen seit dem Frühjahr 2020 massiv und in ständig eskalierendem Ausmaß betreiben.

„Man sollte nicht den Respekt vor dem Gesetz pflegen, sondern vor der Gerechtigkeit“, schrieb der amerikanische Schriftsteller Henry David Thoreau in seinem 1849 erschienenen und wieder überaus aktuellen Essay *„Von der Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat“*.

In diesem Sinne werden wir in jedem Fall weiter für unsere Rechte und die Wiedererlangung unserer Freiheit eintreten – mit friedlichen Mitteln, so wie wir es seit nunmehr bald zwei Jahren tun.

Initiativen zum bedingungslosen Erhalt unser aller Grund- und Menschenrechte
(siehe nächste Seite)

Allianz PRO Grundgesetz, Gelnhausen



Aschaffenburg steht auf!



Buchen steht auf



FREE ODW, Michelstadt



FREIHEITSSÄNGER, Frankfurt



FREE ODW

Gemeinsam für Freiheit, Rimbach



Hofheimer Freiheitsboten



Initiative Bergstraße steht auf, Bensheim



QUERDENKEN-615, Darmstadt

QUERDENKEN

615 - Darmstadt

QUERDENKEN-69, Frankfurt



QUERDENKEN

6051 - Gelnhausen

QUERDENKEN-6051, Gelnhausen

WEITERDENKEN-MARBURG



Videodokumentation 04.12.21, Frankfurt:

https://odysee.com/2021-12-04_SOSfromAustralia



***Danke! An die Menschen, die für unser aller Freiheit auf die Straßen gehen.
Danke! An die Polizisten und Richter, die die Verfassung schützen.
Danke! An die Ärzte, die den Nürnberger Codex wahren.
Danke! An die Medien, die ehrlich Bericht erstatten.
Danke! An alle, die mutig sind, kritisch zu hinterfragen.
Danke! An alle jene, die gestern, heute und morgen Gesicht zeigen.
Danke! An die, die aus der Geschichte lernen.
Danke! An alle Mitglieder der Menschheitsfamilie, die nicht mehr wegschauen.
Danke! An alle, die wahrhaftig nach Wahrheit suchen!***

Ihr seid Helden!

Mut steht am Anfang des Handelns, Glück am Ende.

Wann, wenn nicht jetzt?

Wo, wenn nicht hier?

Wie, wenn ohne Liebe?

Wer, wenn nicht wir?

Dezember 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,



von Teilen der Querdenker-, Corona-Leugner- und Impfgegner-Szene geht nach der bundesweiten Verschärfung der Corona-Maßnahmen eine zunehmende Radikalisierung aus, bei dem der Staat und seine Vertreter verstärkt und bewusst als Feindbild aufgebaut werden.

Das Landesamt für Verfassungsschutz weist darauf hin, dass die Szene der Gegner der staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie sehr verschieden ausgeprägt ist. Im Zusammenhang mit Veranstaltungen in Hessen konnten zum Beispiel Impfkritiker, 5G-Skeptiker, Anhänger von Verschwörungsideologien und Esoteriker, aber auch Extremisten – darunter auch gewaltorientierte Rechtsextremisten sowie Angehörige der Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter - festgestellt werden; außerdem nahmen Personen teil, die sich demokratiefeindlich äußerten, den Staat, seine Institutionen und Repräsentanten verächtlich machen wollten und ihm die Legitimation absprachen.

Zwar ließ sich auch Sicht der hessischen Polizei bisher nur eine geringe Anzahl politisch motivierter Straftaten aus diesem heterogenen Spektrum feststellen. Dass zuletzt allerdings der Erbacher Bürgermeister im Internet bedroht oder in der vergangenen Woche in Wiesbaden ein Testcenter angezündet wurde, zeigt, dass die Bedrohungssachverhalte bei uns in Hessen an Qualität gewonnen haben.

Ich verurteile diese feigen Taten auf das Schärfste und bitte alle Amtsträger oder Mitbürger, wachsam zu sein. Verdächtige Wahrnehmungen im öffentlichen Raum sollten rasch der Polizei sowie Hatespeech im Internet über [hessengegenhetze.de](https://www.hessengegenhetze.de) an die zentrale Plattform des Landes

gemeldet werden. Wer eingeschüchtert oder bedroht wird, sollte dies umgehend der hessischen Polizei melden. Die hessische Polizei nimmt jeden Sachverhalt ernst und wird eine individuelle Gefährdungsbewertung vornehmen. Wer Schutz benötigt, wird ihn erhalten.

Weitere Informationen zur Thematik [erhalten Sie hier](#).

Darüber hinaus wird die Polizei ihre Präsenz zur Durchsetzung der geltenden verschärften Corona-Regeln zur Eindämmung der Pandemie weiter verstärken. Der Schwerpunkt liegt nach wie vor im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs sowie bei Veranstaltungen.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Beuth
Hessischer Minister des Innern und für Sport

Wenn Sie den Newsletter abbestellen möchten, klicken Sie bitte [hier](#).

Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Friedrich-Ebert-Allee 12
65185 Wiesbaden
Tel.: +49 (611) 353 1607
Fax: +49 (611) 353 1608
E-Mail: pressestelle@HMDIS.hessen.de

